

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährig . . . . . 192.—

Kollektion von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (1926)

## Gebt euch keine Mühe!

Es ist für jeden wachenden Kommunisten ein feststehendes Dogma, daß alles, was von irgend einer der sozialistischen Internationalen angegliederten Partei unternommen wird, grundsätzlich ist und daß nur Aktionen der kommunistischen Internationalen — die allerdings nur mehr in Resolutionen, Parolen, Theorien, pathetischen Aufrufen und Hinauswürfen widerhaariger Glaubensgenossen bestehen — Anspruch auf Ernst und revolutionäre Bedeutung haben. Auch die niemals geleugnete Tatsache, daß die sozialistische Internationale noch kein vollkommenes Ideal darstellt und daß zwischen den sozialdemokratischen Parteien noch manche Verschiedenheiten taktischer und politischer Natur bestehen, muß daher herhalten, um die angebliche Güte der nach dem übersten Kassenhofdrill einereizierten Parteien der kommunistischen Internationale herauszustricken. Dabei aber jedermann weiß, daß alle von Moskau aus unter Androhung der Entziehung der russischen Subsidien betriebene Unterdrückung aller selbständigen Regungen der einzelnen kommunistischen Sektionen nicht davon schützt, daß es dort oft drüber und drunter geht und teurerische „Abweichungen“ von den Glaubenslehren der allein seligmachenden Moskauer Kirche so zahlreich sind wie der Sand am Meere. Die an anderer Stelle besprochene Revolte von 700 Parteifunktionären in Deutschland ist dafür der neueste, aber nicht der erste und letzte Beweis. Die den kommunistischen Schreiberlingen anbefohlene Schwächung macht es erklärlich, daß die in letzter Zeit auch auf Seite der tschechischen Sozialdemokraten erwachte Bereitwilligkeit, mit den deutschen Sozialdemokraten zu einem engeren Zusammenwirken zu gelangen, nicht den Beifall der Kommunisten findet und daß ihre Lintenküster die auf beiden Seiten immer konkreter werdenden Bestrebungen, im Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion die proletarischen Kräfte zusammenzufassen, zu begreifen suchen.

Man kann schon verstehen, welche Gründe die kommunistischen Führer bestimmen, ihren billigen Spott an den Einigungsbestrebungen der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten zu üben. Es ist die Bangigkeit, die auch das deutsche und tschechische Bürgertum erfüllt. Diese Bestrebungen könnten von Erfolg begleitet sein und das sozialdemokratische Proletariat könnte in gemeinsamer Kampffront marschieren. Das muß um jeden Preis verhindert werden, denn wo käme die nach der Einheitsfront schreiende kommunistische Partei hin, wenn wenigstens diese Teil-Einheitsfront des sozialistischen Proletariats zustande käme! Die beiden sozialdemokratischen Parteien nicht mehr gegeneinander strehend, wie dies zum Leid und Schaden der gesamten Arbeiterklasse Jahre hindurch der Fall war, sondern geschlossen und einig — das hieße doch die beste Lebensquelle der kommunistischen Partei verstopfen! Seitdem die bolschewistische Weltrevolution bis zum Eintritt besserer Witterung vertagt wurde und die Arbeiterschaft das Paradies der mit den Kapitalisten aller Länder pfeifenden Sowjetherrschaft erkannt hat, ist der saule Rauber des Bolschewismus im Ansehen der Massen bedenklich gesunken, und so bleibt nichts übrig, als den dürftigen Lebensunterhalt der kommunistischen Partei mit der Ausfrottierung der wirklichen oder angelegierten Feinde der Sozialdemokratie zu bestreiten. Die K. P. O. konnte sich bisher rühmen, die relativ stärkste Partei der kommunistischen Internationalen zu sein, sie bliebe es nicht lange, wenn es gelang, die sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik auf einer Kampflinie zu einigen. Daher die Angst, es könnte die unheilvolle Spaltung der sozialdemokratischen Kräfte ein Ende nehmen, eine Angst, die sich in leichten Witzchen über den „Strahminkler Landsturm der Zweiten Internationalen“ Luft macht, geradezu wie es der Wanderer im dunklen Walde tut, der, um sich über seine Beklemmungen hinwegzutäuschen, ein lustiges Liedchen pfeift.

Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie — das könnte die kommunistische Partei gerade jetzt noch brauchen, da unter den kommunistischen Wählern nach dem Rauch der vorjährigen Wahlen die Ernüchterung beginnt! Schließlich muß sich selbst der fanatisiertere unter den kommunistischen Arbeitern fragen: Was hat es uns genützt, der Sozialdemokratie eine Wahlschluppe zugefügt zu haben? Was für Vorteile hat der mit Jubel begrüßte kommunistische Wahlsieg der Arbeiterschaft an Vorteilen und Errungenschaften gebracht? Wo ständen wir, wenn es keine kommunistische Partei gäbe und die Einigkeit der Arbeiterklasse erhalten geblieben wäre? Wehe, wenn die kommunistischen Wähler sich diese Fragen einmal ruhig und nüchtern beantwortet werden! Es wird dann der kommunistischen Partei wenig nützen, wenn sie sich darauf beruft, sie habe bei der Arbeiterschaft über die Wirkungsmöglichkeiten des Parlamentarismus niemals sozialpatriotische Illusionen gewedt, sondern immer nur gesagt, die Kommunisten gingen nur deshalb ins Parlament, um die Demokratie und den Parlamentarismus zu „entlarven“. Aber erstens gibt sich die K. P. O. offenbar doch gewissen „sozialpatriotischen Illusionen“ in bezug auf das Parlament hin, denn sie bringt bei jeder Gelegenheit zahllose Anträge ein und fordert jetzt die schlaueste Einberufung des Parlamentes — im kommunistischen Jargon: „Schwagbyde“ — damit Gelegenheit gegeben sei, die Regierung zu zwingen, Maßnahmen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu treffen, zweitens würden zur „Entlarbung“ des Parlamentarismus fast 40 auch schon zehn Abgeordnete genügen und der Jubel über den kommunistischen Wahlsieg des Vorjahres hätte danach in den zu erwartenden Resultaten von vornherein keine Berechtigung gehabt. Aber selbst wenn wir zugeben, daß die kommunistische Partei ihren Wählern vorher gesagt hat: „Wählt uns, aber bildet euch nicht ein, daß wir euch dafür etwas aus dem Paradies heimbringen“, so hat sie ihnen sicher nicht gesagt, was durch einen kommunistischen Wahlsieg ärger gemacht und verschlechtert werden wird. Denn das kann niemand leugnen, daß die Wahlschluppe der Sozialdemokratie der gesamten Arbeiterklasse zum Schaden gereicht hat und daß der Wahlsieg der Kommunisten nur zur Stärkung der kapitalistischen Reaktion geführt hat. Die kommunistische Partei hat eine Anzahl Mandate gewonnen, die für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen ohne Bedeutung sind, dafür hat die Schwächung der Sozialdemokratie und deren ständige Verleumdung durch die Kommunisten den Boden für die Reaktion bereitet, die noch niemals ihr Haupt so frech erhoben hat, als seitdem es im Parlament so viele Kommunisten gibt. Da ist es begreiflich, daß die K. P. O., um ihre Anhänger in der Veräufung zu erhalten, alle Minen springen läßt und gerade anlässlich der Einigungsbestrebungen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie das Mißtrauen in die Möglichkeit des Erfolges dieser Aktion in der Arbeiterschaft zu wecken sucht.

Und noch eines erscheint verständlich: daß den kommunistischen Führern schon seit dem Gedanken an das Urteil ihrer Wähler über ihre völlige Unfruchtbarkeit und über die durch sie herbeigeführte Stärkung der Reaktion. Daher soll es die Einheitsfront machen. Sie allein sind impotent, erst die Einheitsfront mit den Sozialpatrioten verbürge den Erfolg. Die kommunistische Partei sieht nicht, wach ein Einbekenntnis ihrer eigenen Unfähigkeit aus diesem Ruf nach der Einheitsfront herausklingt. Aber freilich: die Arbeiterschaft wäre wirklich mächtig, wenn sie ein einziges Ganzes bilden würde. Nur eben, daß mit den Kommunisten dieses einzige Ganze nicht herzustellen ist, denn zahllose Male haben sie es selbst eingestanden, daß die Parole der Einheitsfront nur ein Mittel zu agitatorischen Zwecken ist, nur Parole, Lüge und Täuschung. Wie hat ihnen die Einheit des Proletariats etwas gezeigelt, denn überall haben diese Geiellen die festen Organisationen des Proletariats zerlegt, haben Haß, Verbitte- rung und schandvollsten Bruderkampf in die Reihen der Arbeiterschaft getragen, und auch

seht bemühen sie sich täglich, zu beweisen, daß ein Bündnis mit ihnen unmöglich ist. Solange die kommunistische Partei nicht die Politik machen darf, die durch die besprochenen Verhältnisse jedes Landes vorgezeichnet ist, solange die ihr von Moskau vorgegebene Hauptaufgabe die lumpigste Verächtigung und Verleumdung der Sozialdemokratie und ihrer Führer bleibt, so lange wird es schade um das schöne Papier sein, auf dem die kommunistischen

Wahlsieger ihre Doktrine nach der Einheitsfront drucken. Der arbeitslose Spott aber, mit dem sie die feimende Verstandigung der sozialdemokratischen Parteien begleiten, beweist ihre ständige Angst vor dem Gedanken, die Absicht könnte zur Tat werden. Für die deutsche und tschechische Sozialdemokratie wird dies ein Antriebs mehr sein, zur Wahrheit werden zu lassen, was die tiefste Sehnsucht aller ehrlich denkenden Proletarier im Staate ist!

## Heute Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

Polen erhält einen halbständigen Sitz. — Wiederwahl D. Benešs auf ein Jahr?

Wien, 15. September. Die Völkerbundversammlung führte heute nachmittags in einstündiger Sitzung die Debatte über die Wahlordnung für die nichtständigen Ratsmitglieder und den Ratsbericht für das verlossene Jahr ab. Die nächste Sitzung findet morgen um 10 Uhr 15 Min. statt. Hierbei wird die Wahl der neun nichtständigen Mitglieder erörtert, die in der Weise vorgenommen wird, daß zunächst alle neun nichtständigen Ratsmitglieder gewählt und sodann immer gesondert über die dreijährige, zweijährige und einjährige Mitgliedschaft abgestimmt wird.

Der Wiener Berichterstatter des „Petit Parisien“ schreibt über die Kombinationen betreffend die Besetzung der nichtständigen Ratsplätze, daß Polen ein dreijähriger Sitz mit dem Rechte der Wiederwählbarkeit gesichert sei. Portugal soll es gelingen abzuwehren, sich um einen einjährigen Sitz zu bewerben, damit sein Verhalten nicht als spottfeindliche Manifestation aufgefaßt werde. Anher der Kandidatur Finnlands auf einen einjährigen Sitz tauchte gestern die Kandidatur Irlands auf, welche jedoch auf den Widerstand Chamberlains stieß.

Im Schwierigkeiten auszuweichen, erzwang einige Großmächte, wie „Petit Parisien“ schreibt, die Möglichkeit der Wahl Dr. Benešs in den Rat für die Dauer eines Jahres, um dem künftigen Rats, welcher größtenteils aus neuen Personen besteht, die Mitwirkung eines der Hauptmitarbeiter für den Frieden und eines der erfahrensten Diplomaten in den Arbeiten der internationalen Politik zu erhalten. Auch die Berichterstatter des „Kathin“ und des „Petit Journal“ schreiben über die Möglichkeiten des Verbleibens der Tschechoslowakei im Rats.

Die Kandidatenliste würde im Spiegel der französischen Blätter folgendes Bild ergeben: Dreijährige Sitze: Polen, Rumänien, Chile; zweijährige Sitze: Holland, Belgien, Columbia;

einjähriger Sitz: von den südamerikanischen Staaten erstreckt Uruguay oder Salvador, die Tschechoslowakei und China.

## Unzufriedenheit mit der englischen Liste.

Berlin, 15. September. Der sozialdemokratische Pressedienst berichtet aus Wien ebenfalls über die englische Vorschlagsliste, die nicht als Ideen begründet werden können. Der Berichterstatter stellt fest, daß in dieser Liste Chile, Polen und Rumänien mit einem dreijährigen Sitz bedacht worden sind, während Holland als Nachfolger Schwedens nur einen zweijährigen Sitz erhalten soll. China und Uruguay sind in der Liste nicht enthalten, China angeblich, weil es zu vielen Jahren keine Beiträge mehr bezahlt hat und infolgedessen nach dem Statute keine Rechte als Völkerbundmitglied verliertig acht. Dagegen ist die Tschechoslowakei in der englischen Liste als Kandidat für einen einjährigen Sitz in Aussicht genommen, so daß die Kleine Entente nun zwei Sitze erhalte, während Holland als Repräsentant der skandinavischen Gruppe nur einen zweijährigen Sitz erhalten soll und so mit Perfidie gleichgestellt würde.

Es liegt auf der Hand, daß diese Liste allgemeine Kritik hervorruft. Die Zahl der Wünsche ist zweifellos zu groß, als daß sie alle befriedigt werden könnten, aber es ist doch möglich, die gegenseitigen Interessen wesentlich besser zu berücksichtigen als es die englische Liste vorstellt. Wenn Deutschland, wie wir nach dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen annehmen, für die Wiederwählbarkeit Polens stimmt, dürfte seine Delegierten erziehen, wenigstens für die skandinavische Gruppe einen dreijährigen Sitz zu erhalten.

## Internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter?

Berlin, 15. Septemb. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Bochum hat der deutsche Bergarbeiterverband für den 26. September eine Reichskonferenz nach Düsseldorf einberufen, auf der zum Beschlusse der Gründung der Bergarbeiter-internationale über einen Solidaritätsstreik für die englischen Bergarbeiter Stellung genommen werden soll.

Nach einer weiteren Meldung des Watters aus Amsterdam hat die Bergarbeiterinternationale zum 30. September eine Sitzung nach Ostende einberufen, um für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter einzuleiten.

## Wahlniederlage der Konservativen in Kanada.

Ottawa, 15. September. Neuter meldet aus Ottawa, die Parlamentswahlen hätten nach den bis Mitternacht eingelaufenen Ergebnissen eine Niederlage der konservativen Regierungspartei und ein bedeutendes Anwachsen der Liberalen gebracht, die unter Umständen sogar eine unbedingte Mehrheit erlangen könnten. Sechs ehemalige konservativ Minister, unter ihnen Meighen, seien durch. Bis jetzt wurden 116 Liberale, 88 Konservative, und 30 Angehörige anderer Parteien gewählt.

London, 15. September. (AP.) Den letzten Ergebnissen der kanadischen Wahlen zufolge ist die Zahl der Mandate der einzelnen Parteien folgende: Liberale 117, Konservative 90, fortschrittliche Liberale 13, Fortschrittliche 16, Arbeiterpartei 3, Unabhängige 2.

## Der Wiener Zentralbank-Skandal.

Wien, 15. September. (Eigenbericht.) Heute wird ein Bericht über die Sitzung des Ausschusses veröffentlicht, den das Parlament zur Untersuchung des Zentralbank-Skandals eingesetzt hat. In der Sitzung erörterte Hofrat Stiern das Referat, das ein so anschauliches Bild des Skandals gab, daß die Christlichsozialen sich sehr entschieden gegen eine Veröffentlichung des Berichtes wanderten. In dem Bericht wird unter anderem angeführt, daß von den 57 Millionen Schilling, die zwischen dem 1. und 10. Juli an die Einleger aus Staatsgeldern angezahlt wurden, nur 22 Millionen an Sparlässen und Genossenschaftslässen bezahlt wurden, während alles andere an Private ausbezahlt wurde. Ferner kam heraus, daß die Postparisse der verfallenen Zentralbank eine Million Schilling einfach geschenkt hat, indem sie auf ihre Rückzahlung akromittia vergütete. Ebenso wurde festgestellt, daß der Finanzminister den Auftrag erteilt hat, der Badener Sparkasse, die ihm direkt als Pensionsinstitut unterstellt war, 500.000 Schilling von vornherein zurückzahlen.

Die Christlichsozialen waren über all diese unliebsamen Feststellungen sehr empört.

## Neue Kämpfe bei Hankau.

Hankau, 15. September. (Neuter.) Die Kantonsarmee unternahm gestern einen neuen Angriff auf Hankau, der jedoch abgeblasen wurde. Eine große Anzahl von Zivilpersonen fanden bei der Belagerung den Tod. In der beleagerten Stadt herrscht infolge Mangels an Lebensmitteln Hunger. Die Kantoner Truppen gingen längs der Straße Hankau-Peking in der Richtung gegen Peking vor. Sie konzentrierten sich an den Grenzen der Provinz Hupeho und hatten zahlreiche Schanzenspitzen mit den Truppen des Provinzschalls Wupeifu.

# Der Kathederjochialist gegen die Mieter.

Der Regierungsentwurf eines Wohnungsgesetzes, welcher kurz vor den Sommerferien dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist und nach den Absichten der Regierung offenbar in der Herbstsession zur parlamentarischen Beratung gelangen soll, ist auf die entschiedene Ablehnung der Sozialisten gestoßen, während ihm die Bürgerlichen mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüber stehen. Die Ausfichten auf die Verwirklichung des Regierungsvorschlages sind also nicht günstig. Unter diesen Umständen gewinnt es Bedeutung, daß ein namhafter Fachmann auf dem Gebiete des Wohnungswesens, Herr Professor Dr. Heinrich Rauchberg in einem am 14. September im „Proger Tagblatt“ veröffentlichten Artikel sich zum freiwilligen Verteidiger der Vorlage aufwirft und den Parlamentariern geradezu ins Gewissen redet, sie möchten ihr doch die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

„Ständen die Parlamentarier — sagt Rauchberg wörtlich — auf der Höhe ihrer Aufgabe, so wäre an der schließlichen Annahme der Regierungsvorlage nicht zu zweifeln. Sie ist ein in jeder Hinsicht hervorragendes Werk; freilich in manchen Punkten verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig.“

Und damit kein Zweifel sei, daß die von Rauchberg gewünschten Verbesserungen, keineswegs einschneidend sind, daß sie an der ungeheuerlichen Belastung, welche die Vorlage den Mietern zumutet, im großen und ganzen gar nichts ändern würden, heißt es an einer anderen Stelle ausdrücklich, daß der Entwurf, wenn gleich er sich mehr dem Standpunkte der Hausbesitzer als dem der Mieter annähert, doch eine Mittellinie ziehe, mit der man sich abfinden kann.

Herr Professor Rauchberg ist seit langem für einen allmählichen Abbau des Mieterschutzes eingetreten. Wir wollen hierüber mit ihm nicht rechten, wir würden uns ja doch nicht verständigen. Wohl aber möchten wir ihn fragen, wie er seine Zustimmung zu der Regierungsvorlage, sein so energisches Eintreten für sie mit seinem eigenen Standpunkt vereinbaren kann, wonach der Abbau des Mieterschutzes eben nur ein allmählicher sein dürfte, nur unter Berücksichtigung der sozialen Bedürfnisse der Mieter vollzogen werden könnte. Am 24. April 1924, in einer Besprechung der damals vorgelegten Mieterschutznovelle schrieb Herr Professor Rauchberg:

„Keine Regierung, die sich nicht mit Selbstmordgedanken trägt, könnte, solange die Wohnungsnot ungemindert fortdauert, es wagen, die Mittellinie zwischen den Hausbesitzer- und Mieterinteressen, die das Mieterschutzgesetz darstellt, weiter zugunsten der Hausbesitzer zu verschieben, als es in der Vorlage geschehen ist.“

Das war 1924. Inzwischen ist die Mittellinie durch die Novelle von 1925 weiter zugunsten der Hausbesitzer verschoben worden, man sollte also meinen, daß Herr Professor Rauchberg ausweisen müßte: „bis hierher und nicht weiter“, aber nein! Jetzt findet er die Mittellinie, mit der man sich abfinden kann im fünf- oder sechsfachen Friedenszins, also nahezu in der Balkonvermietung. Was es zudem mit der berühmten Mittellinie überhaupt auf sich hat, das vermöchte niemand überzeugender darzulegen, als es Herr Professor Rauchberg selbst, in einem früheren Artikel, im „Proger Tagblatt“ vom 19. Februar 1924 getan hat:

„Das Mieterinteresse überwiegt... als unbedeutend an dem Streite scheidet die überwiegende Mehrheit der Hausbesitzer aus, deren Gebäude

# Aus einer demokratischen Armee.

## Erhöhung der Offiziersgehälter. — Herabsetzung der Mannschaftslöhne.

Mit dem Staatsangestelltengesetz wurden gleichzeitig die Gehälter der Offiziere und Rotmeister gewaltig erhöht. Dies ging so weit, daß die Divisionsstellen viel weniger Gehalt beziehen als die Offiziere der gleichen Rangklasse. Ein Antrag des Senators Genossen Noll bei der Beratung des Staatsangestelltengesetzes im Senat, woran gerade zur rechten Zeit die Troppauer „Volkspresse“ erinnert, die Paragrafen fallen zu lassen, sowie der Ezentualantrag, daß diese Paragrafen erst in Kraft treten bis eine Erhöhung der Mannschaftslöhne beschlossen und durchgeführt ist, wurde von der Vollmehrheit, darunter auch den deutschen Christlichsozialen, deutschen Agrariern und deutschen Gewerkeparteilern niedergestimmt. Im Vorausschuß des Senates stand der Antrag des Senators Genossen Noll auf Festsetzung der Mannschaftslöhne in dem im Gesetz vom Jahre 1920 festgesetzten Ausmaße wohl auf der Tagesordnung, konnte aber nicht verhandelt werden, weil unter Mitwirkung der drei genannten deutschen Parteien die Sitzung beschlußunfähig gemacht worden ist.

Und nun hat das Ministerium für nationale Verteidigung die Kürzung der Teuerungszulagen bei den Soldaten angeordnet. Während man dem Soldat, so schreibt mit Recht die „Rosa Doba“, „eine mehrere Zehntausende betragende Pension dafür umhielt, weil er aus dem Militärdienst hinausgejagt werden mußte, während allen höheren Offizieren die Gehälter erhöht wurden,

**Kürzt man den gewöhnlichen Soldaten die Löhne um 40 Prozent.“**

Bisher hat der gewöhnliche Soldat Anspruch auf eine tägliche Löhnung von 50 Heller und eine Teuerungszulage von zwei Kronen gehabt. Diese Teuerungszulage ist gleich auch bei der Charge bis zum Ausführe (nur die Löhnung steigt bis auf 150 Kronen täglich). Die Rotmeister in der Reserve haben bis jetzt eine Tageslöhnung von zwei Kronen und eine Teuerungszulage von vier Kronen. In der Regierungsverordnung vom 7. Juli 1926, veröffentlicht am 28. August in der Sig. d. G. u. Bd. unter 160, welche alle

hauptsächlich der Landwirtschaft, anderen Erwerbszweigen oder dem eigenen Wohnbedarf dienen und die daher kein oder nur ein nebensächliches Mietertragnis liefern. Darnach stehen dem gewaltigen Heere der Mieter nur verhältnismäßig wenige Besitzer gegenüber, deren Häuser Neuzugewinnen von solcher Bedeutung sind, daß der Unterhalt des Eigentümers von ihrem Ertrage wesentlich abhängt. Ferner ist zu bedenken, daß das arbeitslose Einkommen der Hausbesitzer in der Regel aus dem Arbeitsertrage der Mieter einnimmt wird. Eine merkliche Erhöhung der Mieter würde die Lebenshaltung vieler in Mietswohnungen wohnender Familien unter das Existenzminimum herabdrücken. Ziel ist die Hoffnung, daß es den Mietern gelingen werde, die Verteuerung der Wohnungen irgendwie zu überwälzen... Kurz der Entgang an Mietzins infolge des Mieterschutzes trifft die Hausbesitzer nicht so hart wie die Binserrhöhung die Mieter treffen würde. Sie sind die Schwächeren... Alle Sozialpolitik läuft letzten Endes auf

Minister der Beamtenregierung unterschrieben haben, werden die Teuerungszulagen des Militärs dem gewöhnlichen Soldaten bis zum Ausführe um eine Krone täglich, beim Rotmeister der Reserve um zwei Kronen täglich gekürzt! Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1926 in Kraft und soll, vom Nationalverteidigungsministerium durchgeführt werden.“

Die Beamtenregierung hat sich also entschlossen, an den Ausgaben für die Armee zu sparen. Nachdem sie von der Gnade der bürgerlichen Parteien abhängig ist, hat sie sich die Praxis der Fabrikanten angeeignet, welche auch an ihren Angestellten sparen, indem sie ihnen die Gehälter und Löhne kürzt. In der Mannschaft werden ungefähr 30 Millionen Kronen jährlich erspart, Dreißig Millionen. Was ist das gegen die Milliarden, welche die Armee kostet? Was ist das gegen die überflüssigen Ausgaben, welche auf dem Gebiete des Nationalverteidigungsministeriums gemacht werden?

Zum besseren Verständnis sei erwähnt, daß die im Jahre 1920 festgesetzte Entlohnung der Mannschaftspersonen bereits im Jahre 1922 durch ein Gesetz um die Hälfte reduziert wurde. Die Gehälter der Offiziere hat man aber nicht abgebaut. Im Gegenteil, diese erhielten ab 1. Jänner 1924 jedes Jahr zu Neujaht außerordentliche Zulagen: zu Neujaht 1924 1200 Kronen, Neujaht 1925 sogar 2000 Kronen. In diesem Jahre wurde ihnen auch für jeden im Dienst zugebrachten Tag ein Kostgeld von über vier Kronen täglich zugesichert. Zu gleicher Zeit hat man versucht, die Mannschaftslöhne weiter abzubauen, und zwar wurde mit dem Staatsvoranschlag für 1924 die Kürzung der Teuerungszulage bei den Mannschaftspersonen um die Hälfte beschlossen. Unter Gen. Noll hat diesen unerhörten Streich sofort aufgedeckt und dagegen energisch protestiert. Nebenbei bemerkt, blieb er mit dem Protest allein. Dennoch hatte der Protest zur Folge, daß das Ministerium für nationale Verteidigung den schon vorhandenen Beschluß nicht durchführte. Erst jetzt, nach fast drei Jahren, wird dieser Beschluß vollstänlichen Verhältnisses, der Nachverhältnisse im Staate. Auch dafür tragen die Sozialparteien die volle Verantwortung.

den Schutz der wirklich Schwächeren hinaus.“

Den Proseß Rauchberg contra Rauchberg muß der Rauchberg von 1926 unbedingt verlieren. Aber auch noch der Rauchberg von 1925 schlägt ihn glatt.

In einem Aufsatz „Die Finanzierung der Bauforderung“ (Proger Tagblatt, 7. Juni 1925) verteidigt Herr Professor Rauchberg gegenüber dem beschlossenen Gesetz den Vorschlag des Wohnungsbeirates, der dahin ging, daß die Mietzins von Jahr zu Jahr um je 20 Prozent erhöht werden und die Hälfte der Erhöhung für Bauzwecke weggesteuert werden sollte. Herr Professor Rauchberg heute diesen Standpunkt, so könnten wir ihm zwar nicht zustimmen, denn wir Sozialdemokraten können niemals eine prozentuale Wohnbausteuer, sondern nur eine nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelte gutheissen, und keine Zinssteigerung zugunsten der Hausbesitzer bewilligen. Zwecklos wäre es jedoch inkonsequent. Aber er tritt heute durch laute Anpreisung der Regierungsvorlage dafür ein, daß die Mietzins am 1. Jänner 1928 mit einem Schläge um 50—100 Prozent des

Grundzinses plus 50 Prozent Baubeitrag und dann fortwährend noch sechsmal um je 50 Prozent durch die Steigerung des Baubeitrages bis auf 350 Prozent erhöht werden. Den Hausbesitzern aber soll außer der Mietzinssteigerung auch noch die Hälfte des Baubeitrages in Form von Obligationen in die Tasche fliegen. Das ist eine so vollständige Preisgabe des früheren Standpunktes, daß man es nur mit Erlaunen vornehmen kann, wenn Herr Professor Rauchberg den Parlamentariern mit einem Unterton des Vorwurfs nachfragt, sie ließen sich nicht nur von sachlichen Erwägungen, sondern auch von allerlei falschen Schlaubeiten leiten; ja man ist in Versuchung, dem Kathederjochialisten diesen Vorwurf zurückzugeben.

Herr Professor Rauchberg verzeihe die Bezeichnung „Kathederjochialist“. Nicht wir, sondern er selbst hat sie sich beigelegt — im „Sozialdemokrat“ vom 19. April 1924 — und wie g hinzugefügt, Kathederjochialist, das sei ein Mann, der von den Bürgerlichen als Sozialist angesehen wird und von den Sozialisten als Bürgerlicher. Wie in vielen anderen Fragen haben auch hierin die Sozialisten recht. Dies geht unter anderem auch aus der Argumentation hervor, mit der Herr Professor Rauchberg die Mieter zur Zustimmung zu dem Regierungsentwurfe bewegen will:

„Sie (die Mieter) müssen einsehen, daß der Mieterschutz als der letzte Rest der Kriegswirtschaft auf die Dauer unhaltbar ist und irgendeinmal aufhören muß; denn aber vielleicht auf eine für sie noch härtere Weise und ohne die Verwendung der Mehrerträge zur Bauförderung.“

Also die Mieter sollen sich vor der Reaktion beugen, weil einmal eine noch ärgere Reaktion kommen kann. Wir glauben, daß die Mieter einen anderen Weg wählen müssen. Sie müssen, soweit es noch nicht geschehen ist, den bürgerlichen Parteien den Rücken kehren und die Front der Sozialdemokratie stärken, um den Mieterschutz zu sichern. Sie dürfen ihre Interessen nicht preisgeben, sondern müssen für sie kämpfen. Denn der Weg des Professorens ist und kann nur der Weg des Klassenkampfes sein sollte auch dieser Umstand die Kathederjochialisten noch so sehr betrüben. R. W.

## Suehla an der Arbeit.

Prag, 15. September. Von großer Bedeutung für die künftige Gestaltung der Innenpolitik dürfte die Sitzung des erweiterten Präsidiums der tschechischen Agrarier sein, die heute stattgefunden hat. Nach den in der Regierungspresse gebrachten Andeutungen sollte Suehla, der sein Amt als Parteivorstand wieder angetreten hat, auf dieser Beratung ein ausführliches politisches Exposé erstatten und namentlich auch über die Verhandlungen referieren, die er teils in Karlsbad, teils in Hon in Prag mit verschiedenen Politikern hatte. Daneben wird berichtet, daß Suehla auch schon ein Programm für die neue Herbstsession in der Tasche habe, das die Fortsetzung der wirtschaftlichen Konsolidierung des Staates, weitere Sparmaßnahmen und den Ausbau des neuen Steuersystems beinhaltet. Für dieses Programm wird eine parlamentarische Mehrheit gesucht, deren Zusammenziehung allerdings noch fraglich ist. Suehla soll nach der Proger Presse aber wieder optimistisch gestimmt sein und sich der bestimmten Hoffnung hingeben, eine Majorität hierfür zu finden, die auf gegenseitigem demokratischem Einvernehmen beruht.

Eine allnationale Koalition wird es wohl kaum werden, was Suehla da wieder zusammenstücken will, die tschechischen Sozialdemokraten schon endgültig abgelehnt haben. Die Stellungnahme der tschechischen Nationalsozialisten wird sich erst auf dem sonnigen Parteitag entschei-

# Vom Baume des Bösen.

38 Von Marcel Berger.

Der neue Jovist, der unvermeidlich zu sein schien, wurde durch das Erscheinen eines Kellners unterbrochen, der uns das nach den Angaben Baron Halbbeds hergestellte Getränk servierte. Ich ärgerte mich zu bedienen, aber mein Freund fuhr mich an:

„Denk an die Milliarden, die sie niemals bezahlen werden, und greif zu!“

Es war eine schwere, solide Mischung, süß und gepfeffert, die man mittels Strohhalm aus den widerpenstig durcheinander wallenden Strömungen dickflüssiger Essenzen und eisgekühlter alkoholischer Flüssigkeiten zog. Anständig schloß ich die Augen, um mich ganz dem Gemische dieser raffinierten Zusammenstellung hingeben zu können. Als ich sie wieder öffnete, fanden meine Gefährten alle schon wieder um den Tisch, ängstlich bemüht, sich Bewegung zu verschaffen, um so mehr, als es nach allgemeiner Ansicht plötzlich empfindlich kalt geworden war.

Wir gingen mit kleinen Schritten spazieren, nur der Oberst war zurückgeblieben und beugte sich an einer Ecke des Tischrandes über eine Zeichnung. Eine geistlose Unfähigkeit machte sich breit. Herr von Weisweiler stimmte ein heldischeres Studentenlied an, dessen Refrain die übrigen im Chöre mitsangen. Sie sahen alle wie Wölfe reißende alte Studenten aus. Von Zeit zu Zeit machten sie komische Anstrengungen, das Orchester zu überschreien, ein Versuch, der sich jedesmal als vergeblich erwies. Philipp hatte sich ihnen angeschlossen. Sein brennender Blick, der wie das Feuer eines Leuchtturmes im Kreise umherging, traf mich ungefähr at zehn Sekunden.

Ich hatte den lebhaften Wunsch, mich von meiner Umgebung abzusondern. Jemandem war ich in die Nachbarschaft des Deutschen gekommen:

„Herr von Weisweiler“, fragte ich ihn, „unter uns geben Sie doch zu, daß Ihr Vaterland der angreifende Teil war?“

Der Großfürst steckte seinen Kopf zwischen uns und schlug sich lärmend auf die Wangen, die er aufblies:

„Still! Sprechen wir von lustigen Dingen!“

Einige Schritte von uns schmiegte sich Rita mit allen Zeichen des Entzückens an die läppige Brust von Frau Dougloubeyre.

„Schaut euch dieses Mädel an“, rief der Großfürst anerkennend. „Das Gesicht ist nicht übel, was? Aber ihr Hauptreiz ist zweifellos ihre Kruppe!“

Inzwischen hatte Philipp dem Deutschen meine Frage wiederholt und dieser entschloß sich, uns zu antworten:

„Ich will gar nicht leugnen“, sagte er, „daß wir euch angegriffen haben. Unsere Verteidigung war eben der Angriff. In Belgien ist übrigens eure Reiterei schon vor uns eingerückt...“

Ich brach in ein beleidigendes Lachen aus, das ich sofort unterdrückte, als La Tour-Aymon dem Deutschen ohneweiteres recht gab. Ich fragte:

„Wenn diese Behauptung richtig wäre, hätte sie doch Deutschland von allen Dächern geschnitten.“

„Das kaiserliche Deutschland hat dies auch getan“, erklärte Weisweiler.

„Und warum nicht eure Republik?“

„Wir haben diese Frage einschlafen lassen und erwarten dafür in anderen Punkten Entgegenkommen. Man wird uns vielleicht nicht zwingen, die sogenannten „Schuldtragenden“ anzukleffern!“

„Das werden wir erst sehen.“

zur Begleitung eines One-Step machten, erstigte unsere Unterhaltung. Nur die gewaltige Stimme des Großfürsten konnte sich noch Gehör verschaffen. Und wir erfuhrn, wovon die Entscheidung in Russland im letzten Moment herbeigeführt worden war. Er selbst hatte eines Abend auf dem Schreibtische seines Cousins, des Jaren Nikolas, den Ulas liegen gesehen, der die Demobilisierung der russischen Armee anordnete. Der Sekretär, der den Befehl weiterzugeben hatte, war abwesend. Am nächsten Morgen war das Schriftstück verschwunden und blieb unauffindbar.

„Und wissen Sie, meine Herren, wo ich es zwei Monate später zufällig gefunden habe? In meiner Kodaktafel!“

Der Großfürst brüllte vor Lachen und warf sich mit solcher Wucht in einen Schaukelstuhl, daß dieser beinahe das Gleichgewicht verloren hätte. Er stieß einen Schrei aus, der das Orchester zum Schweigen brachte.

Nun ließ Philipp selbst verschiedene Serien von Getränken bringen und bewirtete alle. Er beherrschte keine Nerven in einer unglücklichen Weise, hielt die ganze Gesellschaft zusammen und spielte fast die Rolle des Hausheeren und Gastgebers. Zielbewußt warf er stets neuen Jandstoff in unsere Konversation, wenn sie zu verlöschen drohte. Tatsächlich war die allgemeine Hochspannung auf die Dauer nur schwer zu erhalten, drohte gewöhnlichen Tagesgesprächen Platz zu machen und schließlich in leichte Scherze und sinnloses Geschwätz anzugreifen. Dagegen kämpfte Philipp mit Erfolg an. Hinterhältig betrieb er sich immer wieder auf den ungewöhnlichen Rahmen unserer Gesellschaft und suchte uns zu erklären, daß unsere Situation, hier auf diesem einsamen Hügel, der sich wie eine Degenpitze gegen den Himmel aufreckte, uns Verpflichtungen auferlege. Er hadelte unfer Selbstbewußtsein und unsere Eitelkeit auf, erinnerte uns unaufrichtig an die große Rede Titto Bertuscus, der uns die Rolle von Göttern auf dem Olymp zugewiesen hatte. Selbst der Großfürst zeigte sich diesen Argumenten nicht unzugänglich und stellte seine kindischen und lärmenden Spässe ein. Um keinen Uberschuß an Kraft irgendwie zu verwerten, verfuhrte er, ein Weinglas in der bloßen Faust zu zerbrechen, ein Kunststück, das ihm nicht gelingen wollte.

Es glückte Philipp wirklich, seine Absicht durchzuführen; die Besprüche kamen immer wieder hell auf und führten zu einem unwahrscheinlichen Austausch von vertraulichen Mitteilungen, zu einem Kreuzfeuer von Schmeicheleien und Sarkasmen. Der Deutsche gab eine pan-germanistische Tirade von sich, die mit einer begeisterten patriotischen Ansprache des Generals Desparrot zusammenprallte. Wortlaut, Stil und Ton dieser beiden Reden waren einander absolut gleichwertig. Auch der General bekannte, daß kein Traum eine wahre nationale Armee, nein, eine militariserte Nation sei! Als ich den Worten Jaurès ausproch, fielen alle über mich her. La Tour-Aymon tat, als wolle er mir ein Glas an den Kopf werfen. Weisweiler hielt einen Trinkspruch auf die Niederlage der Sozialisten, die man anstatten müsse wie die Ratten... In allgemeiner Einigkeit erscholl stürmischer Applaus. Aber immer wieder, wie durch ein merkwürdiges, geheimes Schuldgefühl in den Vordergrund gehoben, suchte die Frage auf, was die Ursachen des Krieges gewesen wären.

„Wenn wir schuldig sind“, bemerkte Weisweiler in nachgiebigem Tone, „so logen Sie uns, bitte, wie Sie eigentlich über die Engländer, Ihre Alliierten, denken!“

Die Engländer! Ich hatte das Gefühl, daß er vor zurückgehaltenem Gasse gegen die englische Vormacht bedrohte.

(Fortsetzung folgt.)

VERLANGT UEBERALL



den; das heutige Abendblatt des „Celle Echo“ spricht sich ziemlich offen für eine parlamentarische Mitarbeit auf der Grundlage der Bedürfnisse des Staates und der Forderungen der arbeitenden Schichten aus, wobei die Prinzipien der Demokratie und der nationalen Revolution respektiert werden müssten; eine bloß bürgerliche Mehrheit, eventuell eine tschechisch-deutsche, sei keine glückliche Lösung, weil keine Garantie für Ruhe, Ueberlegung und Gerechtigkeit gegeben sei. Demnach scheinen die tschechischen Nationalsozialisten nicht mehr weit zum Eintritt in eine neue Regierungsmehrheit unter Weichsels Ägide zu haben; allerdings müssten sie sich darauf gefaßt machen, daß ihnen die tschechischen Sozialdemokraten als Oppositionspartei viel zu schaffen machen und wohl auch einen Teil ihrer Wähler entfremden würden.

Von deutscher Seite bledern sich in diesen entscheidenden Stunden namentlich die Merkale zur bedingungslosen Mitarbeit an; wenigstens leitarrtelt die „Deutsche Presse“ schon ganz sicher von der kommenden deutsch-tschechoslowakischen Mehrheit und steht Bach und Schwefel auf die „polnischen Rinder“ herab, die so nahe seien, sich vorwärts zu bewegen nach dem Preis für die deutsche Mitarbeit zu erkundigen und „zu fragen, was denn eigentlich die deutschen alliierten Parteien dafür verlangen und bekommen werden, daß und wenn sie sich an der Parlamentsmehrheit beteiligen“. Da wird aber auch gleich die größte Kanone herbeigezogen, um diese unangenehme Frage zum Schweigen zu bringen. Niemand anderer als „der größte europäische Staatsmann der Jetztzeit überhaupt“, wird ins Treffen geführt, nämlich — Herr Dr. Seipel, der Kener Deputierter, der einmal erklärt hat:

„Wenn man gleich das, was das Ziel einer solchen internationalen Zusammenarbeit sein soll und sein könnte, an die Spitze stellt, wenn man es gleich am Anfang haben will, dann wird man es nicht haben und wird so viele enttäuschen.“

Auf diese Autorität gestützt, können also unsere Merkale den Sprung ins Dunkle, d. h. den Eintritt in die Regierungsmehrheit, ruhig wagen; von einer vorübergehenden Erfüllung auch nur der kleinsten deutschen Forderungen darf nicht die Rede sein, denn diese sind ja nach Seipel erst das Ziel der gemeinsamen Arbeit, keineswegs die Voraussetzung dazu. Leider hat diese Schöne, aus Österreich freilich importierte Weisheit eine allzu große Ähnlichkeit mit jenen Lehren der katholischen Kirche, die den armen Teufel, der hier auf Erden vom Unglück verfolgt wird, auf ein besseres Jenseits verweisen, in dem schon alles wieder auf werden wird. Für all diese schönen Versprechungen kann sich aber der arme Karl, der schon am Verhungern ist, auch nicht eine Brotkruste kaufen.

„Nationaler Ausgleich als Ziel der gemeinsamen Arbeit“ klingt zwar nicht schlecht, aber bei der bekannten Stimmung der Tschechoslowaken in nationalen Fragen ist diese neueste Seipel-Parole wohl doch etwas zu schwach auf den Nähen, um auch nur einen Augenblick als Grundlage für die Politik des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei dienen zu können.

Weitere Fortdauer der Krise in der nationaldemokratischen Partei. Der Kampf zwischen den Faschisten und ihren Gegnern dauert innerhalb der nationaldemokratischen Partei weiter. Mit besonderer Schärfe führt den Kampf gegen die Faschisten innerhalb der eigenen Partei das Praeauer Organ der Nationaldemokratie „Obzor“. Das Blatt schreibt, daß die Faschisten vorzeitig damit gedroht haben, ihren Gegnern in der Nationaldemokratie an den Leib rufen zu wollen, „besonders bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten“. Der Schreiber des Artikels, der sich unter dem Pseudonym Justus verbirgt, erklärt, daß die Faschisten in der Nationaldemokratie Konjunkturleute sind. Er sagt: „Da kamen geschäftlich sein wollende Konjunkturmenschen, welche glaubten, daß ihre Zeit gekommen ist, die ihren Eifer in der Stärke des Geföhres und der Druckschwärze verdoppeln und eine unerhörte Kampagne veranstalten, die uns als Nation furchtbare Schande macht... Der Herr Dr. Jogen wir E hat im Kreise seiner vermeintlichen Treuen unterhohlen sich geäußert: Wenn wir die Nationaldemokratie des Mandat nicht freiwillig gegeben hat, werde ich sie schon auf einem anderen Wege bekommen und sie wird mich noch bitten, daß ich das Mandat annehme“. Wie man sieht, sind es

nicht gerade grundsätzliche Erwägungen, die ein paar Leute in der Nationaldemokratie dazu treiben, sich an die Spitze der faschistischen Bewegung zu stellen.

Was wird Stridbrn tun? Die „Kosa Doba“ veröffentlicht eine Unterredung mit Stridbrn, aus der hervorgeht, daß Stridbrn selbst nicht glaubt, daß sein Ausschluß aus der nationalsozialistischen Partei nicht mehr aufzuhalten sei. Stridbrn verteidigt sich damit, daß die Veröffentlichung seiner

vertraulichen Denkschrift zu einem Skandal mißbraucht worden sei und daß er weder gegen die Demokratie noch gegen den Präsidenten irgend etwas unternommen habe. Auch siehe er mit der faschistischen Bewegung in keinerlei Verbindung. Er rechnet auch damit, daß er eventuell sein Mandat verlieren werde, obwohl er erklärt, daß er sich dagegen wehren werde. Die Absicht eine andere Partei zu gründen, habe er nicht, er werde als Journalist weiter wirken.

Die Krise in der Textilindustrie.

In der Union der Textilarbeiter seit 1. Juli 1925 38 819 Unterstützungsfälle. — Schnelle Hilfe tut not! — Auch Beamte liegen aus. — Die Unternehmer wollen die bestehenden Hungerlöhne noch drücken. — Die Agitation der Kommunisten.

Die letzte Folge des „Textilarbeiter“ (Koschberg) enthält eine Darstellung der trübsamen Verhältnisse unter der Textilarbeiterschaft, der wir u. a. entnehmen:

Die Situation in der tschechoslowakischen Textilindustrie gestaltete sich von Tag zu Tag katastrophaler und unerträglicher. Zwar hat sich — nach den Berichten aus den einzelnen Verbandsgebieten der Union der Textilarbeiter — im Monat August die und da eine kleine Besserung der Produktionslage bemerkbar gemacht, doch sind diese Erscheinungen für das in der Textilindustrie sich ergebende Gesamtbild völlig bedeutungslos. In den hauptsächlichsten Branchen, Wolle, Baumwolle, Flach und Leinen, sowie in der Seidenindustrie usw., herrscht

ungeheurer Arbeitsmangel

und tagtäglich werden der Verbandzentrale Betriebsreduktionen, Betriebsstillegungen und damit verbundene Arbeiterentlassungen gemeldet. Bis Ende August d. J. gelangten bei der Union

38.819 Unterstützungsfälle

zur Anweisung, von denen insgesamt 20.280 Fälle mit dem Ministerium für soziale Fürsorge berechnet sind. Die bis Ende Juli zur Arbeitslosenunterstützung, einschließlich des Staatsbeitrages, ausgemessene Summe beträgt weit

über vier Millionen Kronen.

Gegenwärtig sind noch 10.344 laufende Fälle zu verzeichnen und die hierfür auszubehaltende Unterstützung erfordert, selbst wenn die Unterstützungsdauer nur eine verhältnismäßig kurze sein würde, was aber nicht angenommen werden kann, weitere zweieinhalb Millionen Kronen.

Wiederholt schon wurde die Regierung seitens der Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf die katastrophalen Wirkungen der Textilkrisis sowie auf die furchtbare Lage der Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und dringende Abhilfe verlangt. Es wurde der Regierung wiederholt dargelegt, daß angesichts dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit

das Genter System vollständig unzulänglich

ist und daß die Gewerkschaften unter den gegebenen Verhältnissen nicht imstande sind, auf die Dauer die Unterstützung an die Mitglieder auszahlen zu können, weil das Finanzministerium mit dem Rückersah des auf Staatskosten von den Gewerkschaften ausbezahlten Staatsbeitrages viele Monate lang auf sich warten läßt. Es wurde auch darauf verwiesen, daß die Unterstützungen nach dem Genter System absolut unzulänglich sind, und daß die aus der Unterstützung Ausgeschiedenen, da sie keine Arbeit finden können, bitterster Not preisgegeben sind. Eine Verlängerung der Unterstützung seitens der Gewerkschaften über 13 Wochen hinaus ist aber unmöglich und es ist Sache des Staates, für solche ausgeschlossene Mitglieder die Unterstützung weiter zu bezahlen.

Lange hat die Regierung sich diesen Forderungen gegenüber referiert verhalten und erst in letzter Zeit, Anfang dieses Monats, hat sich ein Minister mit diesen Maßnahmen beschäftigt, die zur Bekämpfung dieser Wirtschaftskrisis getroffen werden sollen. In dieser Sitzung wurde auch die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen behandelt. Es wurde erklärt, daß Abhilfe geschaffen werden soll.

Entweder, es wird das Genter System beibehalten und die Zeit verlängert, innerhalb der die Unterstützung ausbezahlt wird, oder es wird das alte System eingeführt und die Steuerämter zahlen die Unterstützungsbeträge aus.

Es dürfte doch wohl der erstere Weg betreten werden. Darüber soll mit den Organisationen in Prüfung getreten werden und soll das Quotenverhältnis zwischen Staat und Organisationen eine neue Regelung erfahren. Der Fürsorgeminister Dr. Schickl will nach Erledigung der Vorarbeiten den Entwurf einer Novellierung des Gesetzes betreffend die Arbeitslosenunterstützung dem Abgeordnetenhaus vorlegen. Das ist allerdings ein Wechsel auf lange Sicht.

Rot tut ein sofortiges, wirksames Eingreifen,

damit nicht die unter der Arbeiterschaft herrschende Not und das Elend noch größeren Umfang annehmen. Die Regierung will beinahe erst das Parlament im Oktober d. J. einberufen. Man sucht nach einer „Mehrheit“ für die Durchdringung der „Staatsnotwendigkeiten“. So lange diese Mehrheit nicht gefunden ist, denkt man nicht an eine Einberufung des Parlamentes, mag das ganze Wirtschaftsleben bis dahin unter dieser Krise zusammenbrechen und die Arbeiterschaft dabei zugrunde gehen.

Aber nicht allein die Arbeiterschaft, auch Beamte und Angestellte

in den Betrieben bekommen nun die Auswirkungen dieser Krise zu spüren. In einer Reihe von Textilunternehmungen wurden bereits zahlreiche Beamte und Angestellte entlassen. Unter diesen befinden sich solche, die Jahrzehnte in dem betreffenden Betriebe beschäftigt waren, bei ihrem Dienst im Unternehmen alt und grau geworden sind und nun schwer anderswo mehr ein Unterkommen finden. Diese Vorgangsweise der Unternehmer sollte der gesamten industriellen Beamten- und Angestelltenchaft Veranlassung bieten, darüber nachzudenken, daß auch sie in den Augen des Unternehmertums eben nur so lange Gnade findet, als es mit dessen Profitinteresse vereinbar ist und daß sie, mögen sie noch so treu ergebene Diener ihres Chefs gewesen sein, ebenso rückwärtslos auf's Pflaster gelegt werden wie die Arbeiter. Aus der Erkenntnis dieser Tatsache müßte dann die Angestelltenchaft aber die Ueberzeugung gewinnen, daß ihr Platz nicht an der Seite der Ausbeuter, sondern der Ausgebeuteten ist und daß man als Angestellter oder Beamter eines Betriebes nicht, wie dies leider in so vielen Fällen zu beobachten ist, eine geringelohnte, ja oft feindselige Haltung gegenüber der Arbeiterschaft einnehmen sollte.

Die Unternehmer glauben, in der gegenwärtigen Krise eine günstige Gelegenheit zur

weiteren Herabdrückung der Löhne

gefunden zu haben. Aus allen Verbandsgebieten wird berichtet über Versuche von Lohnreduktionen und in einer ganzen Reihe Fällen müßte die Arbeiterschaft, um diese Versuche abzuwehren, selbst zum äußersten Mittel greifen. In den meisten Fällen ist es ihr zwar gelungen, die Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen, aber immer wieder werden neuerliche Versuche nach dieser Richtung unternommen. Die ohnedies geringen Löhne mühen sich für die Erhaltung des nackten Lebens; die Leuerung greift immer weiter um sich und trotzdem will man die Sanierung der Betriebe durch die Herabdrückung der Produktionskosten auf dem Wege von Lohnabbau durchzuführen. Ein derartiges Beginnen ist eine schwere Provokation der infolge ihrer schlechten Lage bereits verzweifelten Arbeiterschaft.

Kommunistischerseits wird die Krise als eine günstige Gelegenheit zur weißen Agitation gegen die freien Gewerkschaften ausgenutzt. Die von letzteren ununterbrochen gemachten Anstrengungen, die Regierung zu geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Krise und Binderung der Not der Arbeiter zu veranlassen, werden in den kommunistischen Versammlungen und der Presse als Bluff hingestellt. Mit revolutionär klingenden Phrasen wird nicht gespart und unentwegt nach der „Einheitsfront“ gerufen. Jeder halbwegs klar denkende Arbeiter weiß aber, daß mit bolschewistischem Phrasengebimmel die Verhältnisse nicht geändert werden und daß es den Kommunisten gar nicht um die Herstellung der wirklichen Einheitsfront zu tun ist, sondern, daß sie die Einheitsparole nur als Mittel zur Erreichung ihrer parteipolitischen Zwecke benutzen. Die freien Gewerkschaften werden sich durch dieses demagogische Treiben der Kommunisten nicht deirren lassen und wie bisher auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege auf die Beseitigung dieser Krise hinarbeiten, beziehungsweise dahin trachten, daß, so lange diese Krise dauert, die Arbeiterschaft in möglichster Weise gegen deren verheerende Wirkung geschützt wird.

Säßen die Kommunisten nicht die von ihnen jetzt so hümmlich — aber nicht aufrichtig — verlangte Einheitsfront zertrüben, so stände die Arbeiterschaft dieses Staates heute anders da und es wäre ihr mit ganz anderem Erfolge möglich, die Wirkungen der privatisationalistischen Wirtschaft von sich abzuwehren. Das Dreieck radikaler Phrasen bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft noch nie Erfolg gebracht, sondern nur die sachliche, selbstbewußte und unermüdete Arbeit der Gewerkschaften ihrer Vertrauensleute und verantwortlichen Funktionäre.

Lohnerhöhungen im oberösterreichischen Bergbau.

Waidhofen, 15. September. Der Lohnkonflikt im Zombauer und Stralauer Kohlenrevier wurde beigelegt. Die Industriellen haben beschlossen, den Bergarbeitern eine 18prozentige Lohnerhöhung zuzuerkennen. Die Bergarbeitergewerkschaft hat sich mit dieser Lohnerhöhung einverstanden erklärt und den für die nächsten Tage geplanten Streik abberufen.

Tages-Neuigkeiten.

Das Glück unserer Bahnen.

Wiederum ist ein Schnellzug knapp einer Katastrophe entgangen.

Der Schnellzug Nr. 33 Prag—Karlsbad—Eger der um 16 Uhr vom Majarsbühnenhof abfährt, hatte kaum Radno verlassen, als die Passagiere des Speisewagens heftige Stöße verspürten und auf der linken Seite des Zuges ein förmlicher Schotterregen über den Bahndamm stob. Erschrocken sprangen die Passagiere auf und verständigten den Kondukteur im Nebenwagen, der den Zug auf freier Strecke durch Ziehen der Notbremse zum Stehen brachte. Es wurde festgestellt, daß von dem Federgehänge beim vorderen Drehgestell des Speisewagens der Kopf (Nage) angezogen war, so daß die dreifache Quersfederung nicht mehr den Wagon trug, sondern in der Form des Waggons hing. Die herunterhängende Federgehänge schraube hatte das Stoßen und das Wegschleudern des Schotters verursacht. Waren diese Begleiterscheinungen von den Passagieren nicht beobachtet worden, hätte durch ein weiteres Zenteln des Federgehänges, ein Formbruch und als Folge eine Entgleisung eintreten können. Die daraus entstehende Katastrophe wäre furchtbar gewesen. Nach einer notwendigen Befestigung der Federgehänge schraube mit Draht legte der Schnellzug mit Personengeschwindigkeit die Fahrt, mehrere Stationen durchfahrend, bis Lužna—Lisau fort, wo der Speisewagen ausrangiert wurde. Wiederum sind Menschen durch einen glücklichen Zufall dem Eisenbahntod entgangen. Die Passagiere hatten bei der Fortsetzung der Fahrt bis Lužna—Lisau keine Ahnung von der Gefahr die der Speisewagen bei jeder Kurve und beim Ueberfahren jeder Weiche für den Zug bedeutet. Es muß auf das schärfste dagegen protestiert werden, daß mit einem solchen Waggendeckel weiter als bis zur nächsten Station und schnell gefahren wird. Das Weiterfahren bedeutet in einem solchen Fall ein frivoles Spiel mit dem Leben der Passagiere.

Bittgang durch die Nacht.

Planeten, Planeten!... Irrendes im volldesigen Wirtschaftsgarten flattert wie mit getriebenen Saiten ein dünnes Stimmchen auf: Planeten, Planeten!... Zwischen die Tische durch drängt sich ein blauer Junge. Sieht bittend die Gäste an und ein zartes Ständchen hält ihnen ein zusammengeklammertes Papier entgegen: Planeten.

Stodend erzählt der Junge: Der Vater ist arbeitslos und die Mutter herzkrank. Vier Kinder sind da. Das jüngste ist zwei Jahre alt und er ist der älteste, zwölf Jahre. Tagsüber geht er Kohl- und abends nimmt er sein Geschäft, eine längliche Schachtel, in der die Planeten wohlgeordnet liegen, zur Hand und wandert von Wirtschaft zu Wirtschaft, von Tisch zu Tisch, von Freigeizigen zu Geizigen, von Mitleidigen zu Hartherzigen.

Ein kühler Wind streicht durch den Garten. Den Jungen stößt. Ueber die dünnen nackten Füße kriecht die Kälte an den schlanken Beinen empor und hüllt den zarten Knabenkörper wie in einen Eismantel ein. Die schmalen Lippen werden bläulichrot.

Die Gäste wenden kaum den Kopf nach dem Jungen. Und wenn, dann streift ein kurzer Blick die Zusammengekauften, Köpfe werden abweisend hin und her geschüttelt oder ein zorniges Wort trifft gehässig den Jungen: Geh weiter!

So wird das Kind in der kalten, windigen Nacht von der bittersten Not von Wirtschaft zu Wirtschaft gestochen, von Tisch zu Tisch, von Mensch zu Mensch und sein dünnes Stimmchen klopft und bettelt: Planeten, Planeten!...

Und in einer armligen Kammer warten der arbeitslose Vater, die herzkrankte Mutter und drei hungrige Kinder auf den fargen Verdienst eines zwölfjährigen Kindes.

H. I. Friedrich

Der Sandnerprozeß.

Pilsen, 15. September. In der heutigen Verhandlung des Sandner-Prozesses wurden zunächst die ärztlichen Gutachten verlesen, sodann erfolgte die Zeugeneinvernahme.

Als erster wurde der 76 Jahre alte Johann Döllner, der Vater des Ermordeten einvernommen, der im wesentlichen seine in der Voruntersuchung gemachten Angaben wiederholt. Besonders Interesse wendete sich dem nächsten Zeugen, dem 11jährigen Kaspar Döllner zu, der gleichfalls die in der Voruntersuchung gemachten Aussagen nochmals widerlegte und neu hinzufügte, daß er die verletzte Mutter gebeten habe, das kleine Kind zu ihm ins Bett zu legen. Sandner erklärte, er habe nichts bemerkt, daß der kleine Kaspar noch sei, denn wenn er ihn hätte sprechen hören, würde er ihn ebenso umgebracht haben wie alle übrigen.

Sodann wurde der fünfjährige Josef Döllner einvernommen, der einzige der mit dem Leben davonkam und an dem heute noch sichtbare Spuren seiner schweren Verletzungen zu sehen sind.

Es folgte dann die Einvernahme des Bräutigams Willibald Weidl und des Sandner'schen Vogelschneiders, bei dem Sandner vor Eintritt des Militärdienstes diene, erklärte, daß Sandner arbeitswillig war und daß er stets ein fröhliches Gebaren zur Schau trug. Erst als er zu Ostern auf Urlaub kam, sei er in sich versunken gewesen und habe mit niemandem gesprochen. Auf die Frage des Vorsitzenden, was die Ursache des Stimmungsumschwanges gewesen sei, erklärte Sandner, daß er sich damals bereits „mit dem Blau“ herumtrug. Auf die Frage, was sein Plan gewesen sei, ob Diebstahl oder Mord, erklärte der Angeklagte, er habe nur an Diebstahl gedacht. Die Zeugeneinvernahme dauert zur Stunde noch an.





### Der Film.

Der Mann, der lacht, der bekannte Roman von Victor Hugo, soll als nächster Universal-Film in dem Ausmaß wie etwa „Der Glöckner von Notre Dame“ oder „Das Opernphantom“ auf die Leinwand gebracht werden. Weder die nähere Besetzung, noch der Ort der Verfilmung ist noch bekannt, aber sehr steht schon, daß Dupont (bekannt durch den Ufa-Film „Barriette“) die Regie führen und Mary Pöhl die Hauptrolle (die blinde Dea) verkörpern wird.

Wird langsam Licht? Carl Laemmle hat erst kürzlich den bestimmten Wunsch geäußert, daß für die Filme seiner Gesellschaft in allererster Linie die internationale Linie tonangebend sein soll. Laemmle vertritt nämlich den gewiß vollkommen richtigen Standpunkt (hoffentlich nicht nur geschäftlich), daß der Film das hervorragendste Bindeglied aller Nationen der Welt ist und daß er sich an die Mentalität aller Völker wenden muß, falls er überall gut aufgenommen werden soll. Um dieses Ziel sicher zu erreichen, hat Laemmle in seinem Mitarbeiterstab heute aus aller Herren Länder eingereicht, von denen jeder mit den Ansichten, Gewohnheiten und der Auffassungsgabe seiner Nation durchaus vertraut ist. — Es wäre wahrlich schon an der Zeit, daß der Film endlich einmal aufhört, verschiedenen Nationen, Parteien und Herren zu dienen. Der Film ist und will Kunst sein; aber die Kunst ist nicht eine Dorn, die sich je nach Wunsch dem oder jenem bündelt, sondern eine Angelegenheit erster Ränge, die für alle arbeiten wollen, wozu sie natürlich befähigt sein sollen.

**Polenblut**, die bekannte Operette von Oskar Redba, wurde von der Prager Zweigstelle der Universal zur Verfilmung erworben. Das bekannte Libretto soll — noch unbestimmt wo — zu einem Großfilm erstklassiger Güte verarbeitet werden.

**Druckfehler.** In dem Bericht über die Prager Filmdörfe in der Nummer vom 16. September sollte es (3. Spalte, 7. Zeile von unten) nicht „kritischen“, sondern „kritiklosen“ heißen.

### Bereinsnachrichten.

Der **Gesangverein „Gutenberg“** in Prag nimmt nach den Ferien seine Gesangstätigkeit Freitag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, in der „Dop. Beseda“ wieder auf, woselbst die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt. Übungsstunde jeden Freitag in der Woche.

### Turnen und Sport.

#### Straszenexzesse, Mißhandlungen und Verhaftungen beim bürgerlichen Sport.

Die Teplitzer Fußballerzesse scheinen Schule zu machen. Rohe Mißhandlungen, Schlägereien, polizeiliche Eingriffe zum Schutze bedrohter Menschentum sind bei bürgerlichen Sportveranstaltungen an der Tagesordnung. Es vergeht beinahe kein Sonntag, an dem es keine Prügeleien, kein Weitspiel, bei dem nicht die Spieler durch eine ausgelegte, schlagbereite und prügelneugierige Menge tätlich bedroht werden. Bald werden die bürgerlichen Sportveranstaltungen nur noch unter starker polizeilicher Aufsicht stattfinden können. Am vergangenen Sonntag ist das Beispiel des Teplitzer sportlichen Robs, des Sportpöbels, der sich allerdings aus den Bourgeois, aus den oberen Lehntausend rekrutiert, vom Prager Bürgerturn, von Bürgern derselben Mentalität, derselben Rohheit nachgeahmt worden. Während eines Fußballweitspiels zwischen dem Deutschen Fußballklub und dem Fußballklub „Schwalbe“ kam es zu wüsten und unerhörten Rohau- und Rauffereien, welche die Teplitzer Exzesse noch zu überwiegen schienen. Diese Ständehäuser wurden von fanatischen Anhängern der beiden Klubs inszeniert. Als der Schiedsrichter Bajt, der vollkommen unparteiisch gehandelt haben soll, einen Spieler der „Schwalbe“ wegen seines Verhaltens vom Plage wies, kam es schon zu stürmischen Szenen, die sich nach Schluß des Spieles fortsetzten. Der Schiedsrichter wurde von der erzehulstigen, aufgesetzten Menge umringt und tätlich bedroht. In rohen Schimpfworten, die man den „gebildeten“ Bürgern gar nicht zuzumuten würde, gab denjenigen, die infolge der Entfernung dem Unrathen nicht handgreiflich werden konnten, ihrer Wut Ausdruck. Einige Spieler und der Schiedsrichter mußten zu ihrem persönlichen Schutze die Polizei herbeirufen. Josef Vana, ein Mitglied der Sportbrüder des Deutschen Sportklubs, wollte sich von der Polizei nach Hause lassen lassen, doch ihn und den ihn begleitenden Polizei folgte eine von einigen Sportbrüdern aufgesetzte Menge von 250 bis 300 Personen, die gegen die Wache Stellung nahmen. Vana wurde von diesem Mob in unbeschreiblicher Weise beschimpft und geschlagen. Die Sicherheitswache verhaftete einige Personen, um ihre Daten festzustellen. Nach Feststellung der Identität der Aufwiegler wurden sämtliche Personen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Auf dem Fußballplatz selbst hat sich die „Intelligenz“ des Sportbürgerturns in einer großen Zahl von Ohreigen geäußert, die man dort bereitwillig jedem verabreichte, den man für einen Gegner hielt.

Auch die Prager Exzesse zeigen wieder, was das Bürgerturn heute unter Sport, unter Körpererziehung versteht. Weder die Exzesse, die nicht aus Gründen des Sports, der körperlichen Erziehung

### Aus der Partei.

#### Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Der Bezirksbildungsausschuß plant neben anderen Veranstaltungen, die wir noch ankündigen werden, die Abhaltung zweier Vortragszyklen in seminaristischer Form. Ein Kurs für Fortgeschrittene, d. h. also für Parteimitglieder, die bereits die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus beherrschen, soll Vorträge und Diskussionen über den

**Programmencour** der österreichischen Sozialdemokratie bringen. Ein zweiter Kurs soll eine

**Einführung in den Sozialismus** bieten. Wir empfehlen besonders den jüngeren Parteimitgliedern die Teilnahme an diesem Lehrgang. Die Genossen, die an einem der Kurse teilzunehmen wünschen, mögen sich rechtzeitig anmelden. Anmeldungen nehmen entgegen die Genossen Stenab (Sec.) und Fischer (Verein deutscher Arbeiter) und die Genossin Hilde Franzel (Partei-Sekretariat).

Als Vortragende wurden bereits folgende Genossen gewonnen: Dr. Franzel, Hofbauer, Joch, Senator Riecher, Paul, Senator Polach, Dr. Schwell, Dr. Strauß, Dr. Wiener.

### Kunst und Wissen.

Lehars Operette „Vogani“ gelangt Donnerstag, den 23. d. M., im Neuen Theater zur Prager Erstaufführung.

Die nächste Schauspielnovität ist „Turandot“ in der Bearbeitung von Burggraf. Die Erstaufführung findet Ende der nächsten Woche statt.

Eine größere Kollektion von Graphiken von Käthe Kollwitz ist zur Zeit in Quartier ausgestellt. Die holländische Presse widmet der Ausstellung die größte Aufmerksamkeit und bezeichnet die neuesten Blätter der Künstlerin als den Höhepunkt ihres Schaffens.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Donnerstag, 7 Uhr: „Carmen“. — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Die Durchgängerin“. — Samstag, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. — Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeitnehmer-Vorst.: „Obersteiger“, 7 1/2 Uhr: „14 Tage Arrest“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Donnerstag: „Peripherie“. — Freitag: „Sonja“. — Samstag, neuinstudiert: „Kameraden“. — Sonntag: „Die neuen Herren“. — Montag, Bankbeamtenvorst.: „Theodor & Cie.“

spielen, sondern nur Geld verdienen wollen, den Sport aus Erwerbsgründen betreiben, noch die Zuschauer sind heute auf den bürgerlichen Sportplätzen mit ihrem Leben sicher. Wann hat sich je bei einem Spiel unferer Arbeiterpartei so etwas ereignet? Die „ungebildeten“ Arbeiter, auf die der feiste Bürger mit Verachtung herabsieht, haben noch nie ihrer Stimmung über dieses oder jenes Spiel in Schimpfereien oder Schlägereien Luft gemacht.

Die Teplitzer und die Prager Kadaver haben dem bürgerlichen Sport die Maske vom Gesicht gerissen. Jeder bürgerliche Sportplatz gleicht heute einer Arena, in der unter dem Beifall eines in seinen Instinkten und Empfindungen verrohen und herabgekommenen Bürgerpöbels blutige Szenen vorgeführt werden. Turmhoch steht die Fußballbewegung der Arbeiter über der des Bürgertums.

#### Arbeiterport.

##### Fußball.

„Gleichheit“ Weiskirchlich gegen H.S. Falkenau 3:1 (2:1), am 12. September vormittags in Falkenau. Wenngleich von einem verdienten Sieg gesprochen werden muß, so muß dennoch ausgesprochen werden, daß er nicht gerade im imponierenden Stille errungen wurde. Weiskirchlich zeigte bei weitem nicht jenes harmonische und flüssige Zusammenenspiel, mit dem in den letzten Wochen jeder Gegner in Grund und Boden gespielt wurde. Die Hauptschuld trägt vor allem die jämmerliche Leistung der Stürmerreihe. In einer so schlechten Verfassung haben wir sie in diesem Jahre noch nicht gesehen. Als Entschuldigend mag vielleicht gelten, daß sie in einer ganz unmöglichen Aufstellung und ohne Stütze antrat. Daß Tore erzielt wurden, ist vor allem der vorzüglichen Arbeit der Halbreihe zuzuschreiben, die ununterbrochen den Sturm mit Bällen versorgte. Falkenau übernahm mit einer sehr gut eingespielten Mannschaft. Die Hauptstärke liegt in der Stürmerreihe, in welcher gute Techniker am Werke sind. Gegen das Hintertorio der Weiskirchlicher hatten sie freilich einen schweren Stand. Im Half stand Grines an erster Stelle. Seine Nachbarn verbarben nichts, doch fehlt noch einiges zu einer guten Leistung. Die Verteidigung hatte infolge der schwachen Angriffslust der Weiskirchlicher eine leichtere Aufgabe, der sie auch gerecht wurde. Die Tore fielen für Weiskirchlich durch Weber, Kruschina (dieses Tor wird angezweifelt) und Seppert. Falkenau kam durch einen Elmeter zum verdienten Treffer. Der Schiedsrichter zeigte guten Willen, doch war seine Amtsführung ziemlich schwach.

„Gleichheit“ Weiskirchlich gegen H.S. Eger 2:0 (2:0), am 12. September nachmittags in Eger. Fast das gleiche Bild wie vormittags. Wieder ist der Sturm das Schmerzenskind, der sich zu keiner einseitigen Leistung finden kann. Es

## Wenn der Gang zur Arbeitsstätte



schon ermüdet, weil jeder Schritt auf harten Lederabsätzen Ihren Körper und Ihre Nerven erschüttert, wie können Sie den Anforderungen des Tages standhalten?

Tragen Sie verbrauchswise einmal Schuhe mit BERSON-Gummlabsätzen. Sie werden die wohltuende, stoßdämpfende Wirkung derselben bald erkennen und als unentbehrlich finden.

Der haltbare und billige Gummlabsatz ist BERSON 750. Es liegt in Ihrem Interesse, beim Schuhmacher ausdrücklich BERSON 750 zu verlangen.



wird sehr unnützlich kombiniert und vor dem Tore aufs Schiefen vergessen. Die Halbreihe erledigte wieder ein großes Stück Arbeit; sie ist die Stärke der Mannschaft. Sicher wie immer die Verteidigung. Die Egerer Mannschaft erreicht bei weitem nicht die Spitzharte der Hohenauer. Doch liegt in der jungen, fortpellisch schwachen Elf ein frischer Zug. Technische Unzulänglichkeiten wird durch aufopferndes und forisches Spiel wettgemacht. Die Mannschaft hat eine gute Zukunft. Nur schade, daß von Seiten der organisierten Arbeiterpartei Egers ihr nicht jene Unterstützung zuteil wird, die sie zum Bestreben so dringend benötigt. Schindbar bevorzugt man noch die bürgerlichen Sportplätze. Tore erzielten Kruschina und Kasli (Elfmeter).

H. S. R. Rothenhaus gegen H. S. Elbernhau (Zach) 7:2 (4:0) für Rothenhaus. Eden 2:9. Elbernhau stellte eine ziemlich spielstarke und spielfreudige Mannschaft entgegen. Die in großer Zahl anwesenden Zuschauer konnten an diesem schönen und ruhigen Spiel, das durch die einwandfreie Leitung des Schiedsrichters Witzgen (Kuffig) noch gehoben, einen tiefen Einblick in unsere Arbeiterpartei bekommen. Das Spiel fand am Vormittag statt. — Nachmittags halb 2 Uhr: Rothenhaus 15 gegen Trappitz 15 2:3 (0:3). Ein ruhiges und schönes Spiel, bei dem aber Rothenhaus 15 mit 3:2 geschlagen das Spielfeld verlassen mußte. — Halb 4 Uhr nachmittags: Rothenhaus H. S. R. 18 gegen Sobrusan H. S. R. 1a 4:3 (2:1), Eden 3:7. Sobrusan, denen es schon zweimal gelang, Rothenhaus einwandfrei zu schlagen, wollte sich auch diesmal die Siegesherberer nicht entziehen lassen. Welche Mannschaften legen ein mächtiges Tempo vor. Von Tor zu Tor geht es mit dem Ball, bis es in der 9. Minute dem Rothenhauser Mittelfürmer gelang, den ersten Treffer zu erzielen; hart drängt nun Sobrusan an das heimische Tor, doch der Torwart leistet gute Arbeit. In der 25. Minute kann Rothenhaus durch den rechten Innenstürmer noch einmal einsehen. Sobrusan wird nun auch sehr gefährlich, besonders durch die linke Stürmerreihe, denen es dann auch nach einigen gut eingeleiteten Angriffen gelang, den ersten Treffer zu erzielen. Ein gegen Sobrusan diktiert Elfmeter wurde vom Torwart abgewehrt und mit 2:1 geht es in die zweite Spielhälfte. Doch jetzt fühlt man es deutlich, daß das Spiel vom Vormittag den Rothenhausern noch

in den Knochen lag, denn Sobrusan scheint jetzt mehr vom Spitz zu haben, Angriff auf Angriff sehen nun die Gäste ein, schwere Arbeit für die bormliche Verteidigung, doch blieb die Nähe nicht unanfällig. Zwei Tore waren der Erfolg. Durch einen gut vorgelegten Ball kann auch der Rothenhauser Mittelfürmer einsehen und den Stand 3:3 herbeiführen. Beide Mannschaften kämpfen nun um den Sieg; heftiger werden einige Chancen vergeben, bis es dem Rothenhauser Innenstürmer durch einen Sololaut gelang, zwei Minuten vor dem Schluß das herbringende Tor für seine Farben zu buchen. — Alle drei Spiele wurden vom Schiedsrichter Witzgen, Kuffig, gut geleitet.

**Sportklub Bihanken.** H. S. R. Bihanken gegen „Victoria“ Judamantel 4:3 (Eden 5:7). Bihanken tritt mit drei Ersatzleuten, Judamantel mit drei Ersatzleuten an. Nach Anstoß beiderseits ein zerrücktes Spiel. Beide Mannschaften zeigten nicht das, was man sonst von ihnen zu sehen gewohnt ist. Schiedsrichter Grohmann (Sobrusan) sehr gut.

**Kreisfussballausch.** Wegen Nichtanweidens zum vereinbarten Spiel in Krodowitz werden Sobrusan und Ladowitz zur Tragung der Hälfte der Regierkosten verhalten. — Barzdorf hat binnen acht Tagen die Jahrspeisen im Betrage von 154 K für Spiel mit Judamantel zu entrichten. — Wegen Nichteinhalten des Spielverbotes am 28. August: Judamantel 15 K, Bihanken 15 K. — Sperrten: Grifmann (Judamantel) bis 2. November, Speerschneider (Judamantel) bis 2. November, Raitosch (Weiskirchlich) bis 2. November, Damsel (Ladowitz) bis 12. Oktober, Doh (Kuffig) bis 12. November, Herzlich (Kuffig) bis auf weiteres.

**Fußballvereine des 5. Kreises.** Am 26. September 1926 anlässlich des Länderweitspiels in Dohensbad ab 12 Uhr mittags für den ganzen 5. Kreis (mit Ausnahme des 8. Bezirkes) Spielverbot. Nichteinhalten des Spielverbotes Sperre bis zu zwölf Wochen. — Stellt Keilgruppen zusammen, damit ermäßigte Fahrt erlangt wird.

Der Bundespielausschuß  
Herausgeber Dr. Ludwig Gzede  
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher.  
Für den Druck verantwortlich: O. Hallz.  
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.

**Antiquarische Bücher**  
kauft ständig  
**Volksbuchhandlung**  
Buch-, Kunst- und Musikalienvertrieb  
Franz Kögler & Co.  
**Bodenbach**

**Aussig a. E.**  
**CAFÉ RESTAURANT**  
**„LONDON“**  
Empfehlenswertes Unternehmen am Platze  
**TÄGLICH ABEND-KONZERTE der Hauskapellen**